

*-1- Wie steht Ihre Partei zum Grundeinkommen gemäß den vier Kriterien<sup>1</sup> des Netzwerk Grundeinkommen?*

**Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz beschloss auf ihrem Bundesparteitag 2016 "die Erprobung und darauf folgende Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens, das sozial ausgerichtet, ökonomisch machbar und nachhaltig ist und eine dringende und sinnvolle Antwort auf kommende ökonomische Herausforderungen (Industrie 4.0, ethische Orientierung der Arbeit) darstellt." Dies schließt die tatsächliche Bedingungslosigkeit (Kriterien 2 und 3) für jeden Menschen (Kriterium 1) in sozial orientierter Höhe (Kriterium 4) ein.**

*-2- Welche Ihrer Meinung nach mit der Einführung des Grundeinkommens verbundenen weiteren Reformen strebt Ihre Partei an?*

**Zwei wesentliche politische Prozesse müssen dringend parallel angegangen werden: 1. Besteuerung sehr hoher Vermögen und Einkommen, Besteuerung von Finanzspekulationen (bspw. mit Nahrungsmitteln oder Devisen), um die stetig größer werdende Schere zwischen Superreichen und Mittelstand sowie Ärmern zu verringern und zur Finanzierung des BGE beizutragen; 2. Schaffung einer Infrastruktur für Tätigkeiten im Ehrenamt, um in den Bereichen Soziales, Pflege, Menschenrechte, Umwelt- und Tierschutz sinnstiftende und gemeinnützige Tätigkeiten anbieten zu können. Hinzu kommt als drittes eine Umstrukturierung der politischen Beteiligungsformen, so dass gesellschaftliche Entscheidungen auf breiter Grundlage getroffen werden können (direkte Demokratie) und aktive Mitgestaltung (bspw. Bürgerhaushalte) möglich ist.**

*-3- Will und wie will Ihre Partei die Diskussion und die Einführung eines Grundeinkommens in Deutschland befördern? -4- Wie steht Ihre Partei zur Forderung, eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag einzurichten, in der Idee, Modelle und Einführungsstrategien eines Grundeinkommens diskutiert werden? Ist Ihre Partei bereit, Bürgerschaftsforen und -konvente anlässlich der Enquete-Kommission zum Grundeinkommen zu unterstützen, und somit eine breite Öffentlichkeit in die gesellschaftliche Diskussion über das Grundeinkommen einzubeziehen?*

**Innerparteilich ging dem Beschluss für das BGE eine basisdemokratische Debatte über das Pro und Contra voraus. Selbiges wünschen wir uns auch gesamtgesellschaftlich. Die verschiedenen BGE-Modelle müssen hierbei vorgestellt und diskutiert werden. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz will sich in diesen deliberativen Prozess mit einbringen und ist gern bereit, auch Foren und Versammlungen auf verschiedenen Ebenen mitzugestalten. Eine Enquete-Kommission begrüßen wir sehr.**

---

<sup>1</sup> DIE VIER KRITERIEN DES NETZWERK GRUNDEINKOMMEN: Erstes Kriterium - Individuell garantiert: Auf das Grundeinkommen haben alle Menschen einen individuellen Rechtsanspruch, unabhängig davon, ob sie allein oder mit anderen leben, ob sie verheiratet sind oder nicht. Zweites Kriterium – Ohne Bedürftigkeitsprüfung: Jeder Mensch hat Anspruch auf das Grundeinkommen, unabhängig von Einkommen und Vermögen. Drittes Kriterium – Ohne Zwang zur Arbeit / Ohne Gegenleistung: Das Grundeinkommen ist auch unabhängig davon, ob man für Geld arbeitet oder bereit ist, es zu tun. Es wird keinerlei Gegenleistung verlangt. Viertes Kriterium – Existenz- und teilhabesichernd: Die Höhe des Grundeinkommens sichert die Existenz und ermöglicht die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Niemand muss Angst vor Armut haben.

-5- Wie stehen Sie zur Forderung, die Einführung des Grundeinkommens in Deutschland mit einem bundesweiten Volksentscheid zu verbinden? (Was natürlich voraussetzt, dass dieser möglich ist.)

**Volksentscheide auf Bundesebene fördern das politische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger und geben Anlass, tiefergehende Debatten über politische Richtungsentscheide zu führen. Dass Volksentscheide nicht immer dazu führen, dass die Initiatoren ihr Anliegen umsetzen können (siehe Schweizer Abstimmung zum BGE), ändert an der prinzipiellen Richtigkeit dieser direktdemokratischen Teilhabe nichts, so dass wir auch für Deutschland eine solche Abstimmung für erstrebenswert halten.**

-6- Das Europäische Parlament hat sich in zwei Entschlüssen wie folgt<sup>2</sup> zum Grundeinkommen in der EU geäußert: 6a Welche Positionen nimmt Ihre Partei zu diesen Forderungen des Europäischen Parlaments ein? 6b Welche Aktivitäten haben Ihre Partei bzw. Ihre Abgeordneten zur Umsetzung dieser Forderungen unternommen?

**Diese Forderung des EU-Parlaments begrüßt die Partei Mensch Umwelt Tierschutz ausdrücklich. Sie müsste jedoch neben dem Ziel der Armutsbekämpfung noch ergänzt werden durch die Dimension der Neugestaltung der Arbeitswelt, die ethisch, nachhaltig und sozial ausgerichtet werden muss, sowie die Gerechtigkeitsdimension eines durch Besteuerung von Vermögen und Spekulationen finanzierten BGE.**

-7- Das Grundeinkommen wird als Menschenrecht diskutiert, das, wie alle Menschenrechte, allen Menschen bedingungslos zusteht. 7a Wie bewertet Ihre Partei ein weltweites Grundeinkommen für alle Menschen, das die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe auf dem jeweiligen nationalen Niveau sichert? 7b Engagiert sich Ihre Partei für die Beförderung eines weltweiten Grundeinkommens? Wenn ja, wie?

**Ein BGE müsste mittelfristig weltweit eingeführt werden, da eine lediglich regionale Umsetzung zu neuen Ungerechtigkeiten im globalen Kontext führen würde. Da sich die Partei Mensch Umwelt Tierschutz explizit als Menschenrechtspartei versteht, unterstützt sie die Forderung einer weltweiten Debatte und Umsetzung eines Existenz sichernden bedingungslosen Einkommens für alle Menschen.**

---

<sup>2</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Oktober 2008 zur Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU (2008/2034(INI)): Das Europäische Parlament „fordert die Kommission auf, die armutsbekämpfende Wirkung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle zu prüfen.“ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa (2010/2039(INI)): Das Europäische Parlament „ist der Auffassung, dass die verschiedenen Erfahrungen mit Mindesteinkommen sowie mit dem bedingungslosen Grundeinkommen für alle, gepaart mit zusätzlichen Maßnahmen zur sozialen Einbeziehung und zum sozialen Schutz, zeigen, dass es sich um wirksame Formen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Gewährleistung eines Lebens in Würde für alle handelt; fordert daher die Kommission auf, eine Initiative zur Unterstützung anderer Erfahrungen in den Mitgliedstaaten auf den Weg zu bringen, die bewährte Verfahren berücksichtigen und anregen, und individuell verschiedenen Modelle des angemessenen Armut verhindernden Mindest- bzw. Grundeinkommens als Maßnahme zur Armutsprävention und zur Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Bürger ( ... ) bejahen.“ Das Europäische Parlament „fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierte Armut zu vermeiden.“

*-8- Unter dem Stichwort Digitalisierung deuten sich enorme Veränderungen in der Erwerbsarbeitswelt an. 8a Welche erwerbsarbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen und Instrumente werden in Ihrer Partei diskutiert und welche konkreten politischen Maßnahmen erachtet Ihre Partei als notwendig, um diesen Wandel im Sinne der Bedürfnisse der Menschen zu gestalten? 8b Welche Rolle könnte in dieser Hinsicht aus der Sicht Ihrer Partei das bedingungslose Grundeinkommen spielen?*

**Durch Automatisierung und Digitalisierung werden künftig viele Arbeiten nicht mehr notwendigerweise von Menschen erledigt werden müssen. Dieser Prozess ist als positiv zu bewerten, wenn zugleich dafür gesorgt wird, dass die Menschen dennoch nach ihren Bedürfnissen tätig sein können und ausreichend ökonomisch, sozial und kulturell an der Gesellschaft teilhaben. Sinnstiftende und objektiv notwendige Tätigkeiten gibt es genügend, wenn die notwendige Infrastruktur dafür geschaffen wird (siehe Punkt 2), womit dieser Wandel in der Bedeutung von Arbeit für den Einzelnen und die Gesellschaft sogar dringend erforderlich ist. Das BGE ist hierfür ein wichtiges politisches Symbol, um die Debatte darum anzuschieben. Ein Einkommen statt Lohnarbeit allein reicht aber nicht aus, sondern muss flankiert werden durch aktive Gestaltung neuer Ansätze und Debatten darüber, welche Aufgaben wichtiger sind als die durch Automation/Digitalisierung ersetzte Lohnarbeit.**

*-9- Die bestehenden Grundsicherungssysteme sind in der Kritik. 9a Welche Änderungen bzw. Anpassungen (Höhe, Sanktions- und Repressionsfreiheit, Individualisierung der Leistung etc.) an bestehenden Grundsicherungen (SGB II / SGB XII) plant Ihre Partei? 9b Wie steht Ihre Partei zur Auffassung des ehemaligen Leiters der Sektion Zwangsarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), dass der Sanktionsparagraf des SGB II (bekannt als Hartz IV) in Bezug auf Aufnahme einer Lohnarbeit ein völkerrechtswidriger Verstoß gegen das Verbot von Zwangsarbeit<sup>3</sup> ist?*

**Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz tritt für eine Erhöhung der ALG2-Sätze ein und sieht die Sanktionen für ALG2-Bezieher sehr kritisch. Sie sind mit der Menschenwürde, dem Sozialstaatsgebot, dem Verbot von Zwangsarbeit und den Grundrechten der körperlichen Unversehrtheit und freien Berufswahl unvereinbar.**

*-10- Welche konkreten Maßnahmen sieht Ihre Partei als notwendig an, um Kinder- und Altersarmut zu beseitigen? 10a Sieht Ihre Partei mit einer ausreichenden Grundrente für alle eine Chance, Armut im Alter abzuschaffen? 10b Sieht Ihre Partei mit einem jedem Kind zustehenden, ausreichenden Grundeinkommen eine Chance, Kinderarmut abzuschaffen?*

**Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz versteht sich als Interessenvertreter und Stimme aller, die selbst keine Stimme haben. Dies umschließt auch alle Kinder und Senioren, die aufgrund von Krankheit oder Schwäche nicht an politischer Mitbestimmung teilhaben können und keine Lobby haben. Die wirtschaftliche Benachteiligung von Menschen im höheren Alter muss dringend beseitigt werden, da dies ein wesentlicher Beitrag zu einer solidarischen Gesellschaft ist und die Würde des Menschen in jedem Lebensabschnitt wahrt. Jeder Euro für Senioren ist auch ein Beitrag für die regionale Wirtschaft und familiären Zusammenhalt. Kinderarmut ist besonders dringend zu bekämpfen, da im**

---

<sup>3</sup> Dazu ([https://www.boeckler.de/pdf\\_fof/96400.pdf](https://www.boeckler.de/pdf_fof/96400.pdf))

**Vorschul- und Schulalter die Weichen gestellt werden für das spätere Leben und Benachteiligungen aufgrund von ökonomischen Zwängen unverschuldet dazu führen, dass Potenzial nicht genutzt wird oder gar massiv falsche Richtungsentscheidungen fallen oder gefällt werden müssen, die sich später nur schwer oder gar nicht wieder ausgleichen lassen. Es muss daher auch ein bedingungsloses Grundeinkommen für Kinder geben. Die Verwendung dieses Einkommens soll zum Wohle der Familie und des Kindes, insbesondere für Bildung und soziale/kulturelle Teilhabe, verwendet werden.**

*-11- Welche konkreten Vorschläge unterbreitet Ihre Partei, um den Menschen mehr finanziell abgesicherte Selbstbestimmung über ihre Erwerbsarbeits- und Lebenszeit zu ermöglichen, zum Beispiel durch eine steuerfinanzierte Absicherung einer Auszeit?*

**Insbesondere sind gleitende Übergänge in den Renteneintritt und die Loslösung von starren Altersgrenzen wichtig. Aber auch die Möglichkeiten von Sabbaticals, beruflicher oder persönlicher Weiterbildung, Familienzeiten, Teilzeitmodellen und Auszeiten für Ehrenämter müssen weitaus stärker in den Unternehmenskulturen verankert werden. Die bisherigen staatlichen Förderungen sind hier bei weitem nicht ausreichend. Die bürokratischen Hürden und viel zu schnell ausgeschöpften Töpfe für bspw. berufliche Weiterbildung bei Gehaltsausgleich für den Arbeitgeber (Bildungsurlaub) zeigen, dass es keine wirklichen Bestrebungen seitens der Politik und der Arbeitgeber gibt, finanziell abgesicherte Persönlichkeitsentwicklung im Berufsleben zu ermöglichen, selbst wenn sie zum ökonomischen Vorteil aller sind. Wir fordern darüber hinaus auch solche Absicherungen für flexible Gestaltung des Arbeitslebens ohne rein ökonomische Vorteile, die sich etwa rein der Familie oder dem Ehrenamt widmet.**

*-12- Das Grundeinkommen hat in den meisten Modellen, neben Armutsprävention und angestrebter selbstbestimmter Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit anderen Formen menschlicher Tätigkeit (Care-Arbeit, am Gemeinwesen orientierte Tätigkeit, bürgerschaftliches Engagement), auch eine verteilungspolitische Funktion. Sieht Ihre Partei in verteilungspolitischer Hinsicht Handlungsbedarf und welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei diesbezüglich vor?*

**Wie in Punkt 2 dargelegt, ist der verteilungspolitische Aspekt genauso wichtig wie das BGE als Thema an sich, da ein BGE, das die Schere zwischen Reich und Arm weiter vergrößert, nicht das Ziel sein kann. Es sind dringend kapitalismuskritische, (wirtschafts-)ethische, pazifistische, ökologische und postwachstumstheoretische Ansätze in die generelle Debatte zum BGE einzubringen. Das BGE verstehen wir daher als eine mögliche Bühne für alle notwendigen Debatten über unser gemeinsames Zusammenleben, über Ethik, Ressourcen, Freiheit, Gerechtigkeit und Würde.**